

Frühe Zeiten

Der Herzogin Wera von Württemberg ist eine Ausstellung in Sachsenheim gewidmet. Die Zarentochter war recht beliebt.
Seite 11



Strohgäu Extra



Späte Ehrung

20 Jahre alt ist die Ludwigsburger Kontaktstelle Frau und Beruf. Die Nutzer seien sehr zufrieden, sagt ein aktuelles Gutachten.
Seite VI

Samstag, 2. Februar 2013

Ende für das Sammelbecken grüner Ideen

Ditzingen Zweieinhalb Jahrzehnte hat die Grüne Liste Bestand gehabt und Politik gemacht. Jetzt wird sie mutmaßlich im Ortsverband der Grünen-Partei aufgehen, der nächste Woche gegründet werden soll. *Von Franziska Kleiner*

Ein Bürgermeister kündigt an, sich zum Schutz eines Baumes im Ort an seinen Stamm zu ketten. Das ist ungewöhnlich, denn der Schultes gehört zur CDU. Nun ist der Ditzinger Vize-Verwaltungschef Ulrich Bahmer zwar für seine Affinität zu Bäumen bekannt. Schließlich hatte er vor seiner Wiederwahl im Jahr 2009 versprochen, binnen fünf Jahren 1001 Bäume in der Stadt pflanzen zu wollen. Aber wegen seiner jüngsten Sentenz, den Baum im innerörtlichen Kreisverkehr vor einer amtlich angeordneten Versetzung durch körperlichen Einsatz schützen zu wollen, verschlug es – vor allem – den Stadträten der Grünen Liste die Sprache.

Gleichwohl machte Bahmers Aussage deutlich, dass nicht nur grüne Ideen in der Gesellschaft angekommen sind. Auch Grünen-Aktionen, die einst als ungewöhnlich galten, sind heute nicht mehr im selben Maße diskutabel wie früher. Und längst vorbei ist die Zeit, als sie in der Bevölkerung als „Spinner“ galten, wie es Ulrike Sautter, Fraktionschefin der Grünen Liste im Gemeinderat formuliert.

Die Grüne Liste ist ein Verein, der grüne Politik macht. Ihn wird es in Ditzingen mutmaßlich nicht mehr lange geben. Nächsten Donnerstag nämlich wird die Partei der Grünen im Gewölbekeller am

Laien um 19.30 Uhr einen Ortsverein gründen. Doch die Mitgliederversammlung der Grünen Liste hat sich gegen Doppelstrukturen ausgesprochen. Deshalb soll sie sich auflösen, wenn der Ortsverband Bestand hat, sagt die Stadt- und Kreisrätin Doris Renninger. „Die Neugründung hat auch mit Glaubwürdigkeit zu tun“, sagt Jörg Becker. Er ist Gründungsmitglied der Grünen Liste, aber seit jeher Parteimitglied. „Es hat eine andere Qualität, wenn man an der Regierung ist und Sprachrohr ist für das, was im Land geschieht“, sagt der 62-Jährige mit Blick etwa auf die Bildungspolitik. Als Stadtrat hat Becker allerdings nie kandidiert. Das schien ihm – anders als seiner Lehrerkollegin Ulrike Sautter – als Lehrer an der Realschule nicht geboten. Sautter ist ausschließlich Mitglied der Grünen Liste.

Die Grüne Liste hatte sich einst gegründet als Sammelbecken für all jene, die der grünen Idee nahestanden. So unterschiedliche Ansichten sie vertraten, fassten sie sich doch besonders mit den Themen Ökologie und Frieden sowie der Atomkraftbewegung (siehe nebenstehenden Artikel). Wer in der Grünen Liste aktiv ist, muss nicht Parteimitglied sein. Doch selbst wenn – wie in Ditzingen in den vergangenen 29 Jahren geschehen – regelmäßig für die Partei Landtagswahlkampf gemacht wird, ha-



Grüne Ideen sind in der Gesellschaft inzwischen verankert. Selbst mancher Christdemokrat hat sie sich auf die Fahnen geschrieben. Foto: dpa

ben die Listen-Mitglieder nur bedingt Einfluss auf die Parteipolitik. Sie dürfen nicht als Delegierte auf Parteitagungen agieren und nicht kandidieren – vorausgesetzt, auf den Wahllisten ist dies ausdrücklich erlaubt.

In den landesweit 35 Landkreisen tritt aber nach Angaben des Grünen-Landesverbandes nur eine offene Liste an – die OGB im Kreis Biberach. In allen anderen werden

ausschließlich Parteilisten aufgestellt. Auf lokaler Ebene allerdings gibt es bisweilen Diskrepanzen: In Heidelberg etwa ist die Diskrepanz zwischen der Alternativen Liste und den Grünen laut einer Sprecherin des Landesverbands sogar sehr groß. Dort behaupten beide von sich, die wahren Grünen zu sein. Sie sind jeweils mit eigenen Vertretern im Gemeinderat präsent.

In Ditzingen gibt es diese Schwierigkeiten nicht. „Das war nie ein Problem, wer wo Mitglied ist“, sagt die Fraktionschefin Ulrike Sautter. Wenn die Grüne Liste nun in der Partei aufgehe, sei dies zwar grundsätzlich möglicherweise eine Einschränkung. Denn „vielleicht sind wir dann nicht mehr so frei in der Entscheidung.“ Doch sie will sich davon nicht beeinflussen lassen.

Mit Themen von einst heute Politik machen

Ditzingen Die Zeit ist vorbei, in der Anhänger der grünen Idee nichts von Parteistrukturen wissen wollten. *Von Franziska Kleiner*

Am Anfang der 1980er Jahre, es war die Zeit des Aufbruchs: Menschen gehen gegen die Nachrüstung auf die Straße, und die Anti-Atomkraftbewegung sowie soziale Bewegungen machen von sich reden. In dieser Zeit, im März 1981, gründet sich die „Grüne Initiative Strohgäu“. Aus dieser bildete sich schließlich die Grüne Liste Ditzingen als eigenständiger Verein. „Wenn wir etwas erreichen wollen, dann im Gemeinderat“, fasst Jörg Becker die Grundstimmung von damals zusammen. Doch viele Vertreter grüner Ideen wollten sich nicht auf eine Partei einlassen. Der freie Zusammenschluss einer Liste schien

ihnen die richtige Plattform der Mitwirkung. Im 27-seitigen Kommunalwahlprogramm von 1984 fordern sie unter anderem „keine verkehrsfördernden Straßenbauten mehr“ und die „Bevorzugung des Fahrrad- und Fußgängerverkehrs in der Planung“. Sie setzen unter anderem auf die Einrichtung von Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen sowie auf den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs.

Prompt gezeigt sie als verstärkte Kraft mit vier Vertretern in den Gemeinderat ein; die CDU erzielte 14 Sitze, SPD und Freie Wähler waren mit neun beziehungsweise acht Sitzen nahezu gleich stark. Un-

abhängige Bürger und FDP erzielten damals zwei Mandate. An dem Kräfteverhältnis hat sich in Bezug auf die Grüne Liste bis heute nichts geändert. Auch wenn sie mal fünf, mal drei Sitze hatte, ist sie heute doch wieder mit vier Mandaten vertreten.

Jetzt, rechtzeitig vor der nächsten Kommunalwahl, haben die Ditzinger nun die Vielfalt der grünen Ideen in der Parteistruktur gebündelt. Schon seit mehreren Jahren war dieser Schritt geplant, kam deshalb auch nicht überraschend für die Mitglieder. „Inhaltlich wird sich nicht viel ändern“, meint die Stadt- und Kreisrätin Doris Renninger. Flügelkämpfe hat es im Ort ohnehin nie so recht gegeben, auch nicht im Gemeinderat, wenigstens nicht in den vergangenen 22 Jahre, die Ulrike Sautter dabei ist: Die Entscheidungen würden viel eher „an der Sache orientiert“ getroffen.

Neue Erschließung für schwere Baufahrzeuge

Gerlingen Das Gewerbegebiet am Aischbach erhält eine neue Straße. Die Stadt will Flächen an Firmen verkaufen. *Von Klaus Wagner*

Die Stadt Gerlingen will einige Unternehmen, die in dem kleinen Gewerbegebiet hinter dem Einkaufszentrum ansässig sind, in der Kommune halten und ihnen Erweiterungsflächen anbieten. Mit einer Baufirma soll noch in diesem Jahr ein Kaufvertrag geschlossen werden. Zudem will die Stadt eine neue Erschließungsstraße bauen, die von der Dieselstraße abgeht und 150 Meter in Richtung Regenüberlaufbecken führt. Die Stadtverwaltung hat die Pläne den Gemeinderäten vorgestellt; kritische Stimmen gab es wegen des geplanten Fuß- und Radwegs und auch deshalb, weil Flächen für die Landwirtschaft wegfallen.

Der Bebauungsplan Aischbach für dieses Gebiet stammt aus dem Jahr 2007, er muss für das aktuelle Vorhaben geändert werden. Die geplante Stichstraße soll nur bis zu einer ebenfalls neuen Wendefläche kurz vor dem eingezäunten Regenüberlaufbecken führen und so breit sein, dass sie auch mit schweren Fahrzeugen zu nutzen ist. Entsprechend groß ist auch die Einmündung an der Dieselstraße vorgesehen.

Eine Durchfahrt zur Carl-Zeiss-Straße soll ausgeschlossen sein. Die neue Straße wird das Gelände zum Aischbach hin, das als Wasseraufnahmegebiet bei starkem Regen

vorgesehen ist, abgrenzen. Man müsse aber damit rechnen, so der Stadtbaumeister Rolf Eberhart in der Sitzung, dass auch die Straße bei starkem Regen noch überflutet werde. Die Grünflächen, die sich auf der östlichen Seite des Regenrückhaltebeckens befinden, seien als Überflutungsflächen für den Fall vorgesehen, wenn das Überlaufbecken nicht ausreicht.



Die Straße Aischbach wird nicht verlängert bis zur Dieselstraße.

Foto: factum/Granville

Dieses Gelände gehört laut dem Stadtbaumeister ebenso der Kommune wie die Flächen, auf denen sich die Firmen erweitern können. Mit der Baufirma Sickinger sei die Stadt im Gespräch, sagte Eberhart nach der Sitzung, in diesem Jahr soll der Verkauf konkret werden. Wenn die neue Straße fertig ist, soll die Firma Sickinger nur noch über diese auf ihre Grundstücke fahren. Dadurch werde dann auch die Gutenbergstraße entlastet, sagt Eberhart. Das rechtliche Verfahren soll Ende dieses Jahres abgeschlossen sein, als Bauzeit müssten zwei Monate ausreichen.

„Wir sind daran interessiert, unseren Standort zu sichern“, sagte Heinz Michael Sickinger dieser Zeitung. Dafür habe man die Flächen, die an das Firmengelände in Richtung Aischbach anschließen, „als Option“ im Blick. Bei der Stadt habe man deswegen bereits angefragt, bisher aber noch keine Kaufverhandlungen aufgenommen. Lagerflächen, beispielsweise für Erdmaterial, seien zwar „nicht so gerne gesehen“, aber für einen Tiefbaubetrieb nötig. Diese brauche man auch für den Geschäftsbereich Garten- und Landschaftsbereich, den es in der Firma erst seit acht Jahren gebe. „Diese großen Flächen sind für uns als Angrenzener wertvoll“, so Sickinger. Auch dafür sei die neue Erschließungsstraße nötig.

Die gute Nachricht

Einwohner für Korntal-West

Liebe Gemeinde! Aus Stuttgart kam diese Woche eine Nachricht, die den Ratsherren in Korntal-Münchingen gefallen haben dürfte: Junge Familien kehren der Landeshauptstadt den Rücken und ziehen ins nahe gelegene Umland. Genau solche Leute möchten der Bürgermeister und sein Gemeinderat ins Neubaugebiet Korntal-West locken. Einen besseren Zeitpunkt als jetzt gibt es also nicht, um im Westen Korntals endlich mit den Erschließungsarbeiten anzufangen. Schließlich gibt es in Stuttgart viele junge Eltern, die ihre Kinder lieber auf Wiesen und Feldern spielen sehen wollen als in den Räumen einer engen Vierzimmerwohnung, die pro Monat locker 2000 Euro Kaltmiete kostet.



Junge Familien ziehen aus Stuttgart ins Umland.

Für die anderen Kommunen im Strohgäu kann die Nachricht aus der Metropole nur bedeuten, dass sie es den Korntalern nachmachen sollten. Zusätzliche Baugebiet müssen her. Am besten ausschließlich im Südosten oder Osten. Dann würden Hemmingen, Ditzingen und Gerlingen noch ein Stück an Stuttgart heranwachsen, was selbst den Ratsherren der Landeshauptstadt entgegenkommen würde. So könnten sie sich bei der nächsten Gebietsreform im Jahr 2083 ihre Auswanderer durch Eingemeindung ganz einfach zurückholen. Wenn diese alt und grau geworden sind und ihre Urkeln und deren Kinder längst in Hohenhaslach, Gündelbach oder Iptingen leben, weil es im Strohgäu keine grünen Wiesen und Felder mehr gibt. So sei es!

ANZEIGE

AUTOHAUS Höychele
Der neue **ADAM** Jetzt bei uns!
Weilimdorfer Str. 35 – Gerlingen
Tel. 0 71 56 / 21 03 5
www.autohaus-hoeschele.de

Korntal-Münchingen

Brandstifter zünden Holzütte an

In Korntal haben Unbekannte am Donnerstag gegen 20.45 Uhr eine Holzütte an der Schlesierstraße angezündet. Dabei entstand laut der Polizei ein Sachschaden in Höhe von 7000 Euro. Die Feuerwehr Korntal-Münchingen konnte nicht mehr verhindern, dass die Hütte vollständig niederbrannte. Durch die Hitze wurden zudem zwei Autos beschädigt, die am Straßenrand standen. Einen Zusammenhang mit dem Brand einer Gartenhütte in Gerlingen am Mittwoch schließt die Polizei aus. Wer den Vorfall am Donnerstag in Korntal beobachtet hat, wird gebeten, sich bei der Polizei in Ditzingen zu melden unter der Telefonnummer 0 71 46 / 4 35 20. *bbü*

Zitate der Woche

„Den Musikschulen und Lehrern gelingt es immer noch, die Kinder zu begeistern.“

Manfred Frank, der Leiter der Jugendmusikschule Ditzingen, über den Musikwettbewerb Jugend musiziert, der seit 50 Jahren besteht

„Politische Entscheidungen wirken sich immer in Geld aus.“

Die Antwort des Hemminger Kammerers Horst Etzel auf Ute Freitag (CDU) Anmerkung im Verwaltungsausschuss, dass der vom Rat beschlossene Friedhofsneubau Kommune und Bürger im Nachhinein viel Geld koste